

Eine Schule nur für behinderte Kinder ist eine künstliche Trennung vom Leben

Zu: „Integration unerwünscht?“, Beitrag von Petra Kistler (Politik, 11. September):

Als Mutter eines der vier Kinder mit Behinderung, die nun trotz allem in die erste Klasse der integrativen Waldorfschule in Emmendingen eingeschult wurden, möchte ich zu dem Artikel Stellung nehmen.

Frau Kistler schreibt von übersteigerten Erwartungen der Eltern an ihre behinderten Kinder. Ist es übersteigert von mir als Mutter, meinem Sohn Balthasar zu wünschen, dass er in dieser Gesellschaft, in die er natürlicherweise hineingeboren wurde, seinen Platz findet, mittendrin unter allen Menschen, mit und ohne Behinderung? Ist es übersteigert, mir zu wünschen, dass er nicht wieder ausgeklammert und an den Rand geschoben wird?

Nach einer schönen und natürlichen Zeit im integrativen Kindergarten soll er nun in die staatliche Sonderschule kommen müssen, die Integration für den Rest

seiner Schulzeit, vorbei sein. Eine Zeit, in der sich das Selbstverständnis und die Sozialkompetenz eines jeden Menschen für den Rest seines Lebens prägen.

Ein Kindergarten oder eine Schule mit nur behinderten Kindern oder mit nur normalen Kindern ist eine künstliche Trennung. Kinder mit und ohne Behinderung werden geboren und gehören zusammen.

Eine Gesellschaft, in der nur Menschen gelten dürfen, die 100 Prozent leistungsfähig sind, produziert ein am Ego orientiertes Ellenbogenverhalten und fördert Aggression.

Andersherum betrachtet: Hat nicht jedes normale Kind das Recht auf seinen behinderten Mitschüler? Die Anwesenheit behinderter Kinder in einer Schulklasse führt zu einer menschlich warmen und aggressionsarmen Stimmung.

Frau Kistler schreibt nur von Leistungen. Ganz außer Acht gelassen wird der überraschend offene und intuitive Aspekt, den uns Kinder mit Behinderung

schenken, und somit ihren ganz anders wichtigen Beitrag in dieser Gesellschaft leisten.

Mein Sohn Balthasar geht mit großer Freude seit zwei Tagen in die IWS in Emmendingen, dieselbe Schule, die auch sein gesunder Bruder besucht. Er ist stolz, dabei sein zu dürfen. Und er durch seine noch nicht ausgeprägten Sprachkenntnisse nicht versteht, wird intuitiv erfassen, genauso wie er intuitiv erfassen und sein Selbstwertgefühl in großen Schaden nehmen würde, wenn er an eine reine Geistigbehinderten-Schule gehen müsste.

Deutschland ist umgeben von Ländern, in denen es keine Sonderschulen mehr gibt, in denen die Inklusion behinderter Menschen Normalität ist. Das Recht auf Integration ist ein Menschenrecht. Wie die Gesetze in Baden-Württemberg die Integration behinderter Kinder und Jugendlichen in die Regelschulen vorsehen, so müssen die Gesetze aktualisiert werden.

Sissi Fischer, Denzlingen

BRIEFE AN DIE BZ

Wir freuen uns über jede Zuschrift. Alle veröffentlichten können wir allerdings nicht, und wenn, dann nicht immer ungekürzt. Bitte geben Sie Überschrift, Autor/-in, Seite und Datum des Beitrages an, auf den Sie sich beziehen.

Forum Badische Zeitung

Mechthild Blum

Sekretariat: Jutta Veit

☎ 0761 / 496-5037

Fax: 0761 / 496-5039

E-Mail:

forum@badische-zeitung.de

Postadresse: 79089 Freiburg

Wie verwirrt sind denn manche Köpfe ...

Wie bitte? Der Wille der Eltern ist nicht entscheidend bei der Frage der Genehmigung der integrativen Waldorfschule Emmendingen? Wer entscheidet denn über das Wohl meiner Kinder? Das Oberschulamt? Die akademische Lehrmeinung? Das Kultusministerium? Wieso muss der integrative Ansatz „besser“ sein, um genehmigt zu werden? Sind die Montessori Schulen besser als die Waldorfschulen? Schließen wir die einen Schulen, weil die anderen besser sind?

Oh heilige Einfalt: Wie verwirrt sind denn manche Köpfe um das Einfachste nicht mehr einzusehen: Die integrative Waldorfschule Emmendingen arbeitet

seit über zehn Jahren laut Oberschulamt sehr erfolgreich. Sie stellt mit ihrem Einsatz eine neue Form der Integration und Inklusion für alle Kinder dar und befreit somit die pädagogische Vielfalt, wird getragen und gewollt von den Eltern, und ist nicht teurer als andere Schulen. Also ist diese Schule vom Staat zu fördern, bis keine Eltern mehr da sind, ihre Kinder an dieser Schule anmelden.

Wie lange wollen wir Politiker wählen, die den Schulen unserer Wahl verbieten unsere Kinder aufzunehmen und so viele Minderjährige imstande und Mutes sind, das Nötige und Kommende zu denken und zu tun.

Dipl.-Ing. Kurt Fleig